



Kurzbericht von Unite
zu den derzeitigen
Streiks in der britischen
Energieindustrie

Hintergrund

Die Streitsache bezieht sich auf einen Vertrag zur Erweiterung der Dieselraffineriekapazität in einer Raffinerie, die dem Ölriesen TOTAL in Lincolnshire gehört. Der Vertrag für die Ausführung der Arbeiten wurde im Jahr 2006 dem in Kalifornien ansässigen Anlagenbaukonzern Jacobs übertragen. Fertigstellungstermin war das Jahr 2009.

Der Auftrag wurde dann als Unterauftrag an IREM, eine italienische Firma vergeben, im Anschluss an einen Ausschreibungsprozess, an dem sich fünf britische und zwei europäische Vertragsnehmer beteiligt hatten. Selbstverständlich besagten die Vertragsbestimmungen, dass IREM zur Ausführung der Arbeiten auf den bestehenden italienischen und portugiesischen Bestand an festem Personal zurückgreifen würden.

(Information von der Nachrichtenwebseite der BBC vom 02.02.09).

Das größte Medieninteresse gilt zwar der Situation bei TOTAL, dies ist jedoch nicht der einzige Fall, zu welchem Unite Anliegen hat. Es gibt spezielle Anliegen zur Vergabe von Verträgen und den dazugehörigen Bestimmungen in zwei anderen Kraftwerken, eines in Staythorpe und eines auf der Isle of Grain. Die Anliegen von Unite konzentrieren sich auf die mögliche Aushöhlung des Nationalen Abkommens für die Anlagenbaubranche und die Unterstellung, dass diese Vertragsnehmer es ablehnen, Bewerbungen von britischen Arbeitern zu berücksichtigen.

Zusammenfassung der Erklärungen von Unite

Unite hat in allen Erklärungen deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Diskussion sich nicht auf Sonderprivilegien für britische Arbeiter gegenüber

ausländischen Arbeitern bezieht. Gewünscht wird die statt dessen die Garantie, dass britische Arbeiter die gleiche Chance wie alle anderen erhalten, sich um die tausende an qualifizierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen zu bewerben, die geschaffen werden.

Die nachfolgenden Zitate des stellvertretenden Generalsekretärs Derek Simpson aus den jüngsten Pressemitteilungen zur Situation verdeutlichen diese Tatsache in sehr klarer Weise.

"Unsere Mitglieder verlangen keine Sondervergünstigungen – sie verlangen lediglich faire Behandlung. Großbritannien muss alte Kraftwerke aufrüsten und neue erbauen; es gibt zahlreiche Gelegenheiten zur Schaffung tausender hochgradig qualifizierter und gut bezahlter Arbeitsplätze. Es wäre eine Schande, wenn es britischen Arbeitern nicht einmal gestattet sein sollte, sich um diese Stellen zum Bau britischer Kraftwerke zu bewerben. (28. Januar 2009)

"Unite hat das wachsende Problem aufgezeigt, dass britische Arbeiter von wichtigen Anlagenbau- und Bauprojekten auf höchster Regierungsebene, einschließlich des Premierministers und des Ministers für Energie und Klimawandel ausgeschlossen werden.

"Unite ist gegen die Praxis einiger Arbeitgeber in der Anlagenbau- und Baubranche, die ausdrücklich die Berücksichtigung von Bewerbungen britischer Arbeitnehmer ablehnen. (30. Januar 2009)

"Das Problem liegt nicht darin, dass Arbeiter aus anderen europäischen Ländern in Großbritannien arbeiten oder ausländische Vertragsnehmer Verträge in Großbritannien zugeschlagen erhalten. Das Problem besteht darin, dass die Arbeitgeber britische Arbeiter sogar von der Möglichkeit der Bewerbung um Arbeit an solchen Verträgen ausschließen.

"Es sollten gleiche Maßstäbe für alle Arbeiter gelten, die sich um Arbeit an britischen Anlagenbau- und Bauprojekten zu bewerben wünschen. Es sollten keine europäischen Arbeiter von der Bewerbung um einen britischen Arbeitsplatz ausgeschlossen werden und es sollten absolut keine britischen Arbeiter von der Bewerbung um einen britischen Arbeitsplatz ausgeschlossen werden. (2. Februar 2009)

Plan von Unite zwecks Umgang mit der Situation

Am 2. Februar 2009 veröffentlichte Unite den vorgeschlagenen Dreipunkteplan, den Großbritannien zur Eindämmung der Welle wachsender Unruhe befolgen sollte, die sich im Land ausbreitet.

Der Plan umfasst folgende Inhalte:

1. Lösung des unmittelbar anstehenden Problems in der Ö Raffinerie von Total in Lindsey. Abschluss einer Vereinbarung, welche britische Arbeitskräfte in fairem Maße für die Arbeit am Vertrag berücksichtigt.
2. Untersuchung der Praktiken von Vertragsnehmern und Subunternehmern in der Anlagenbau- und Baubranche. Weiterverfolgung durch Maßnahmen der Regierung, die darauf bestehen wird, das Unternehmen, welche sich um Verträge für öffentliche Infrastrukturprojekte bewerben Unternehmensvereinbarungen für soziale Verantwortung abschließen, die zur Gewährung fairen Zugangs für britische Arbeitskräfte verpflichten.
3. Kippen der europäischen rechtlichen Präzedenzen, welche Arbeitgebern erlauben, Löhne und Arbeitsbedingungen auszuhöhlen. Ein Präzedenzurteil des Europäischen Gerichtshofs stellt den Arbeitgeberern einen Freibrief für Sozialdumping aus, und verhindert, dass die

Gewerkschaften, gegen die Erosion im Bereich Gehälter und Arbeitsbedingungen britischer Arbeiter vorgehen können.

Unite wird weiterhin die Forderungen und die Kampagne des EGB nach einem Protokoll für sozialen Fortschritt in europäischen Verträgen und eine überarbeitete Arbeiterentsenderichtlinie in starkem Maße unterstützen.

Die Ungleichheiten der europäischen Arbeitsgesetzgebung

Unite arbeitet seit mehr als einem Jahr solidarisch mit dem Rest der EGB-Bewegung zur Weckung des Bewusstseins für die Auswirkungen der jüngsten Urteile des EuGH und die Unterlassung der Mitgliedsstaaten, die Arbeiterentsenderichtlinie ordnungsgemäß umzusetzen.

In unserer Eigenschaft als Bewegung haben wir immer klargestellt, dass diese Urteile zu einer grundlegenden Erschütterung des Gleichgewichts des Kräfteverhältnisses zwischen dem europäischen Sozialmodell und den Rechten der Geschäftswelt geführt haben. Die Ereignisse, die wir in der letzten Woche in Großbritannien beobachten konnten, sind die Folge der Unterlassung der europäischen Politiker, unsere Warnungen ernst zu nehmen und die Folgen ihrer Beschlüsse für die Arbeitnehmer unbeachtet zu lassen.

Die Maßnahmen der britischen Regierung bildeten einen Meilenstein in der sozialen Entwicklung Europas in den letzten Jahren. Unite musste ständig gegen die Verwässerung und Blockade europäischer Gesetze seitens der Britischen Regierung kämpfen, wie etwa der Zeitarbeitsrichtlinie, der EBR-Richtlinie und der Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie.

Der Wandel ist zwingend und muss rasch vor sich gehen. Wir können nicht länger eine EU akzeptieren, welche die Rechte der Arbeiterschaft als Rechte

zweiter Klasse zu betrachten scheint. Die Verantwortung für diesen Streit liegt unabhängig der Nationalität nicht bei der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften, sondern bei den europäischen Politikern, Regierungen und der Geschäftswelt. Unite hat diesen Punkt im Rahmen dieser Streitsache immer klargestellt.

Es ist klar, dass ohne grundlegende und schnelle Veränderungen die Situation, die wir in der vergangenen Woche in Großbritannien beobachten konnten, das Potential zur Wiederholung in ganz Europa haben wird. Die europäischen Arbeiter werden es nicht länger hinnehmen, von der Geschäftswelt gegeneinander ausgespielt zu werden. Unite ist zur Zusammenarbeit mit allen Schwestergewerkschaften in ganz Europa bereit, um die Beschlüsse des EuGH zu kippen, eine echte Arbeiterentsenderichtlinie sicherzustellen, welche wirkliche die Rechte europäischer Arbeiter schützt und eine europäische Gewerkschaft sicherzustellen, die auf dem Fundament des sozialen Fortschritts und nicht der Gewinnmaximierung für die Geschäftselite beruht.

Den Extremisten entgegenwirken

Unite stellt hiermit klar, dass alles was die Organisation in dieser Situation tut, sich mit dem Zorn der Arbeiter auf Arbeitgeber, Vertragsnehmer und die Ungleichheiten des britischen und europäischen Arbeitsgesetzes befasst.

Unite hat in außerordentlich scharfem Ton alle Versuche seitens extremistischer politischer Parteien und fremdenfeindlicher Elemente unserer Medien

zurückgewiesen, diesen Streit zur Stärkung ihrer eigenen unhaltbaren und absolut abstoßenden Positionen zu nutzen.

Unite steht im Kampf gegen die rassistische BNP in Großbritannien seit Jahren in der vordersten Linie und wird diesen Kampf bei den diesjährigen Europawahlen fortführen. Im letzten Jahr verhinderten Unite-Mitglieder den Gewinn von Sitzen für die BNP in Keighley und Sandwell. Ohne unsere Mobilisierung und DVD für alle unsere Mitglieder wären diese Gebiete an die BNP gefallen. Unite hat auch den Hoffnung statt Hass-Bus gesponsert, der vor den britischen Lokalwahlen im letzten Jahr in allen großen Städten zu Gast war.

In der Erklärung vom 2. Februar wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass dieser Streit nicht zum Ziel hat, einer Nationalität Vorrang gegenüber anderen bei der Stellenbewerbung in Großbritannien zu verschaffen. Genau das Gegenteil wird angestrebt.

Es geht darum, allen Nationalitäten die gleiche Chance zu bieten und sicherzustellen, dass alle Nationalitäten bei einer Anstellung in diesem Land von den gleichen Bestimmungen und Bedingungen profitieren können, welche den Anstrengungen von Gewerkschaftern zu verdanken sind.

Tatsächlich ist der Plan von Unite zum Umgang mit dieser Langzeitstreitsache klar. Nur wenn alle Arbeiter Europas sich in Solidarität vereinen, können wir die ungerechten Auswirkungen der jüngsten Urteile des EuGH kippen.

Das ist der einzige Weg, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb der EU sicherzustellen, auf der Basis fairer und respektvoller Behandlung für alle, im Gegensatz zur Charta für Sozialdumping, als was viele Arbeitgeber sie zu betrachten scheinen.